

Blume spielt auf Zeit

Streit um Kürzungspläne bei Volkswagen geht weiter. Kapitalseite droht, Belegschaftsvertreter zu übergehen

Von Michael König

Im Volkswagen-Konzern geht das zähe Ringen um Arbeitsplätze und Standorte weiter. Laut verschiedenen Medien kam es am vergangenen Donnerstag in der Aufsichtsratssitzung zum Showdown: Demnach blockierten die Belegschaftsvertreter und das am Unternehmen beteiligte Land Niedersachsen die »Sparpläne« von Vorstandschef Oliver Blume, die den Abbau von bis zu 120.000 Arbeitsplätzen weltweit sowie die Schließung von vier Werken in der BRD vorsehen. Außerdem soll zukünftig nur noch die Hälfte der bisherigen Modellreihen produziert werden, wie es im von Volkswagen am Donnerstag selbst teilweise veröffentlichten »Zukunftsplan« heißt.

Laut der Nachrichtenagentur *Reuters* widersprach Blume jedoch in einem nur firmenintern veröffentlichten Interview der Darstellung verhärteter Fronten. Demnach kämen die Gespräche im Aufsichtsrat »gut voran«. Es sei aber notwendig, 50.000 Arbeitsplätze zusätzlich zu den bereits geplanten 50.000 Stellen abzubauen. Die Gemeinkosten des Konzerns seien immer noch 20 Prozent zu hoch, die Hälfte davon Personalkosten. Das entspreche den genannten weiteren 50.000 Jobs. Für die VW-Werke in Emden, Hannover und Zwickau sowie für das Werk von Audi in Neckarsulm gebe es »keine wettbewerbsgerechte Belegung« in den 2030er Jahren, so Blume laut *Reuters*.

Betriebsratschefin Daniela Cavallo hatte Blume ein Ultimatum bis Freitag gestellt, sich vor dem Wochenende zu den nur über die Medien und häppchenweise durchgestochenen Kürzungsplänen zu äußern. Über den Inhalt der Sitzung des Aufsichtsgremiums war Stillschweigen vereinbart worden. Der Diskussionsprozess zwischen den Beteiligten wird nach *jW*-Informationen über den Sommer andauern.

Die Industriegewerkschaft Metall (IGM) stellt die Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat des Konzerns, handelt aber auch den Haustarifvertrag aus. Ein Gewerkschaftssprecher beklagte gegenüber *jW*, dass VW-Boss Blume nach dem Ultimatum nur ein »wohlfeiles Interview« ins Intranet gestellt, das Management hingegen detailliert über den angedachten Stellenabbau und das Aus für deutsche Fabriken unterrichtet habe. Nach der Sommerpause will ihn der Betriebsrat deshalb zu Betriebsversammlungen laden, um »persönlich Rede und Antwort« zu stehen. Wende sich der Vorstand gegen die Belegschaften, folge »ein Konflikt, der sich gewaschen hat«.

Der Münchner *Merkur* meldete am Sonntag, dass die Eigentümerseite um die Familien Piech und Porsche damit drohe, eine außerordentliche

Hauptversammlung der Aktionäre einzuberufen, auf der die Kapitalsseite die Mehrheit hätte. Das käme einer erheblichen Eskalation und einer Aushebelung des VW-Gesetzes gleich, demzufolge Landesregierung und Belegschaft ein gemeinsames Veto einlegen können, wie am Donnerstag angeblich bereits geschehen sein soll.

Das Wirtschaftsmagazin *Capital* berichtete am Montag von angeblichen Einstiegsplänen des Landes Niedersachsen im VW-Werk Osnabrück. Dort läuft im kommenden Jahr das letzte Cabriolet der Reihe »T-Roc« vom Band; Nachfolgemodelle sind nicht geplant. Dafür soll das Werk zu einem Standort der Rüstungsbranche umgemodelt werden – mit eventuellem Vorbildcharakter für andere Werke, die auf der Kürzungsliste stehen. Regierungsvertreter zogen laut *Capital* bezüglich des angedachten Verfahrens Parallelen zum Einstieg des Staates bei der Meyer-Werft in Papenburg Ende 2024. Gegenüber *jW* wollte ein Regierungssprecher zu »einzelnen Details« keine Stellung nehmen, es würden aber weiterhin »konstruktive Gespräche mit unterschiedlichen Partnern« geführt, um Werkschließungen abzuwenden, insbesondere in Osnabrück. Das Unternehmen befände sich in einer »herausfordernden Lage«.

Welche Waffensysteme gegebenenfalls bei VW gefertigt werden sollen, ist eine durchaus heikle Frage. Nach dem Ausscheiden des deutschen Branchenprimus Rheinmetall aus dem Bieterrennen im Frühjahr wurde anschließend der Raketensystemhersteller Rafael aus Israel als aussichtsreichster Kandidat gehandelt. Am Freitag berichteten *Bild* und *Handelsblatt*, dass der VW-Großaktionär Katar dem nun einen Riegel vorgeschoben habe. Der Staatsfonds des Golfemirats macht demnach politische Bedenken geltend. Der Volkswagen-Konzern kommentierte die Berichte auf *jW*-Nachfrage nicht.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526024.autobauer-in-der-krise-blume-spielt-auf-zeit.html>